

Zeitungs

Gegründet 1848 1704 Mit

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurszettel

10 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, siehe Beilagen. Einzelnummern u. m. werden im Kopf der Morgen- Ausgabe angeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard Varwig.
Redakteur (im Amt d. Handelstetel): Carl Misch, Berlin. Ullstein.
Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlagsplatz Ullstein, Amt Dönhofs 3000-3005
für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3005-3008. Telegramm-
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 60

Der Vorstoß der französischen Industrie

Eine „patriotische“ Initiative

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Paris, 18. Dezember

Ministerpräsident Briand hat gestern abend den Vorstoß der nordfranzösischen Industrie, das auf die breite Öffentlichkeit einen breit sensationellen Eindruck machend, Bericht erstattet. Die rechtslebende Presse ist natürlich nicht mit dem höchsten Widerspruch für die „patriotische Initiative“ der französischen Industrie. Die Wirtschaft soll glänzen in dem Gebiet der Politik eingetreten und habe einen „schönen Aufschwung“ in die Zukunft des Vaterlandes“ gebracht. Die „Autonomie“, namentlich die „Autonomie“ und die „Eure, Stavoc“ zeigen gegen große Zurückhaltung. Die Industriellenkommission hat sich gegenüber dem Finanzminister verpflichtet, bis spätestens Sonntag vormittag eine eingehende, schriftliche Darstellung ihrer Wünsche zu unterbreiten. Der Unterstaatssekretär für den Ministerpräsidenten, Canal, hat gestern abend mitteilen lassen, daß die Regierung das Industrieunternehmen als „Ausdruck ernstlich und eingehender Stellung zur Beziehung“ werte. Die „patriotische Initiative“ wurde von verschiedenen Seiten, die die maßvolle Erregung des Angebots gefürchteten könnten.

Die nordfranzösischen Industriellen haben bereits gestern nachmittag mit den beiden hauptsächlichsten französischen Industrieunternehmen, der „Confédération Générale de la Production Française“ und der „Association Nationale d'Expansion“, verbündet. Beide Verbände hätten gestern abend eine gemeinsame Sitzung ab, über die jedoch der Presse keine Mitteilung gemacht wurde. Erhaben glaubt der „Reichs-Anwalt“ zu wissen, daß der Vorstoß der nordfranzösischen Industriellen eine „zeitlichmäßig günstige Aufnahme nicht gefunden habe“. Man habe insbesondere, und zwar ziemlich lebhaft beantragt, daß das Dinar Komitee seinen Plan der Regierung vorgelegt habe, ohne vorher die übrigen Industrieverbände zu befragen und ohne die politische und wirtschaftliche Tragweite seiner Vorstöße vorher abzufragen zu haben. Die Verhandlungen innerhalb der Industrieverbände dauern jedoch an.

Die „Association Nationale d'Expansion“ hat gestern abend der Presse noch ein Communiqué ausgehen lassen, das dem Ministerpräsidenten der nichtabgeteilten Industriezweige insofern Ausdruck gibt, als es erklärt, „es handle sich um einen einfachen Austausch von Leistungen zwischen nordfranzösischen Industriellen und der Regierung. Die Ideen, die im Gegenstand des Wirtschaftsstaufbaus bilden, sind noch weit davon entfernt, feste Form ange-

nommen zu haben.“ Nach Mitteilung des Hg. DeLafayette, des Führers der nordfranzösischen Industriellen, ist das Angebot „am feineren moralischen Bindung gebunden“.

„Am Morgen hielten die Industriellen gewisse Besprechungen bei der Kredit- und Diskontopolitik der Regierung vorzunehmen. Die politischen Angelegenheiten, die bei diesen Angelegenheiten mitwirken, vertritt die „Journal Industrielle“ in folgenden verwickelten Anmerkungen: Die Durchführung des Industrieplans verlange selbstverständlich Ordnung, Ruhe und Einigkeit im ganzen Land. Es sei Sache des Parlamentes und der Regierung, die nationale Einigkeit zu fördern, zu führen und entsprechend in die Tat umzusetzen.“

„Nach dem „Matin“ sind verschiedene Formen für die Subventionen vorgesehen. Einmal die Gewährung einer 10-Milliarden-Franco-Nachhilfe zur Ermöglichung der Amortisation der Kredite, dann Sachung einer privaten Erziehung. Ob diese Maßnahmen, die eigene, durch den Industrieplan garantierte Obligationen im Umfang gegen die Staatskasse und Staatsanleihen ausgeben und so die schwache Schuld trägt. Schließlich ist nach dem „Matin“ als letzte Möglichkeit, wenn die parlamentarische Unterstützung ausbleiben sollte, eine freiwillige Vermögensabgabe, entsprechend dem industriellen Reichtum genannt.“

„Im Vorbergang der Debatte hätte vorläufig noch lediglich der Gehalts, der von der Industrie geforderten Anleihe, was dem in England und Amerika untergebracht und auf 80 bis 90 Dollar lauten soll. Die Höhe der Anleihe werden 10 bis 20 Milliarden je nach Größe der industriellen Beteiligung genannt.“

Doumer heute vor dem Kabinett

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Paris, 18. Dezember

Das Kabinett tritt heute nachmittag zu einer Sitzung zusammen, in der der Finanzminister Doumer sein Finanzprogramm vorlegen wird. Die Finanzkommission der Kammer hat ebenfalls heute nachmittag 3 Uhr eine Sitzung ab, um einen Bericht des Finanzministers über die Herstellung des Budgetgleichgewichts und die Einstellung der Zahlungen aus dem Dinar-Finanzplan in das Budget für 1926 anzuhören. Wahrscheinlich wird Doumer bereits heute der Finanzkommission einen Überblick über seine Sanierungspläne geben.

müssen auf Grund eines Staatsbudgetsches seit mehr als einem Jahr aus der Hauptstadt verbannt. Der Scheindar gefühlvolle Gegner, die französische republikanische Bauernpartei, ist in diesem mit denselben Mitteln geschädigt worden. Die „Radikale“ und „sozialen“ Mann in den Parteien, die den „Republikanischen“ Bauernpartei, die sich für einen revolutionären Weg entschieden und sich, ausgeartet mit dem Vorsteiger des Kulturministers, an die Seite des wärmenden Regierungssens begeben, nachdem eine letzte Nummer der „Republik“ veröffentlicht hat, haben überzogen hat, daß seine Hoffnung auf eine französische Bauernrepublik mehr besteht.

Die als Diktatorische grenzende Macht des alten Reichs ist für den werdenden jugoslawischen Staat ungewöhnlich eine Gefährdung und ein Gewinn. Aber obwohl es zur Forderung der „Republik“ hat, man immer noch ein wenig formen hundertsten Übertragung sich zu seinen Vätern verdammt, obwohl Reichsamt noch seinem eigenen Ausdruck nicht die volle Macht hat, das jetzt zweiwöchige Söhnen des Reichs „Gefährdung“ zu verzeichnen, so muß man sich doch im Inneren ernstlich Gedanken darüber, man immer noch ein wenig, wenn dieser geübte und geübte Regierungsdiktator die Augen schließt. Das heutige Regierungssystem ist zum Teil auf die übertragene Autorität dieses ungewöhnlichen Mannes gegründet. Die „Republik“ hat sich, die zentralisierte Verwaltung und die Einteilung in Departements aufrecht zu erhalten, die man vor anderthalb Jahren nach französischem Vorbild geschaffen hat, ist zum Teil aufrecht. Freilich liegt der Zentralismus zum Teil in der Zeit, die nur auf dem Kontext, und dazu auf einem Papier, das zwei Drittel der Bevölkerung nicht lesen können. Auch die Abschaffung ist in der Praxis noch vollkommen dezentralisiert, da ein einheitliches jugoslawisches Bürgerrecht nicht besteht.

So unüberwindbar und so ernst zu nehmen der Wille zum Staat, zum südslawischen Einheitsstaat ist, so steht eben doch noch alles in den Anfängen. Von den Vordenkungen, die hier in jeglicher Form lauern, ist erst ein mäßiger Teil erfüllt worden, ausgenommen unter hundert Jahren auf einem deutschen Ingenieure. Die industrielle Produktion ist gering, noch nicht 100 000 Fabrikarbeiter sind im ganzen

Land tätig, so daß vorläufig auch die Voraussetzung für eine nennenswerte Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung fehlt. Da sich Anläufe zur Industrieerzeugung finden, werden sie von der Regierung sorgsam gesteuert und gehemmt und hochgepöbelt. Das „Dinar“ ist ein „schon“, mit dem sich der jugoslawische Staat organisiert hat, entspricht aber weniger einem reinen Protektionsinstrument als vielmehr den Wünschen des Staates. Es ist eigentlich noch Finanzhilfe, nicht Schuldhilfe — ein Zeichen, daß auch auf dem Gebiet des Steuerwesens noch recht primitive Formen angewandt werden. Wenn die Verluste, die unter anderem eigene Industrie zu schaffen und die reichen Rohstoffquellen zu erschließen, von der Regierung auf sorgfältig unterstellt und gesteuert werden, so ist doch die Grundlage der Volkswirtschaft und der Sozialökonomie auf absehbare Zeit die „Dinar“ ein „schon“ Produktivität. Die allgemeine Idee des vorigen Jahres hat genügt, um eine stark effektive Damselbildung zu schaffen.

Als Folge dieser Aktivität hat sich, da die wichtige Voraussetzung der Ausbalancierung des Staats, gemacht war, ein Vorgang abgeleitet, für den es in der europäischen Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahre nur ein Vorbild in der „Dinar“ gibt: die Führung des Landes, der „Dinar“, der schon auf den dreizehnten bis vierzehnten Teil des Wertes sinken wird, beginnt zu steigen und sich wieder und höher, als es der Regierung und der soliden Wirtschaft, nicht nur den Inflationsgewinnern, Lieb war. Innerhalb eines Jahres hat er sich um gut ein Drittel seines Wertes, dieses an sich erfreuliche Ereignis brachte nur aber mit sich, daß Jugoslawien plötzlich auf vielen Gebieten, von den einheimischen Abrechnungen abgesehen, eines der besten Länder in der „Dinar“ wurde. Denn mit anderen Worten hat sich die Industriellen und Händler, die mit dem Sinken der Dinar in den mitgegangenen waren, keine Meinung, entsprechend der Befreiung des Dinars die Preise herabzusetzen, und nach weiterer war es, die Wände dem neuen Stand der Wirtschaft anzusehen. Mit dem Sinken des Dinars und der Besserung der Produktion wurde sich bald ein „Dinar“ ein „schon“ Produktivität bemerkt, die durch die gute dies-

SHS

Von Dr. Richard Cohnvohn.

* Beitrag, Anfang Dezember.

Witte ist, nicht gleich die Schicksal zuden. Auch in Deutschland ist das Wort „Balkanisieren“ ein Aboleth geworden, und es gilt als Zeichen fortschrittlichen staatsmännlichen Denkens, Europa und Balkan als diametrale Gegensätze gegenüberzustellen. In Wirklichkeit ist der einzige Mittel Europas, der durch den Krieg und nach dem Krieg nicht „balkanisiert“ worden ist, der Welt n. und nach dem Krieg nicht, der vor 1914 auf der südlichen Balkanhalbinsel nordenwärts und gegenwärtig zu stehen, ist Montenegro vollkommen verschunden, die europäische Türkei bis auf den Bräutertopf von Samsul, und ebenso haben die überreichlichen und ungarischen Kronländer aufgehört zu existieren. Das ist ungarisch nur verdrückt worden. Aus diesem großen Erdkampf für ein Weltbild weit über das Maß des Kleinasiens hinaus, was an Verbänden im Osten der Balkan-Halbinsel hinamühen, das ein und Dutzend der Welt ist, im Westen Jugoslawien, dem Osten ebenfalls um das Dreibehnte, dessen Einwohnerviertel für ein Viertel des Vorkriegsstandes gemehrt hat. Aber während Rumänien als Lohn für Niederlage und Sieg nach fremde Völkersteuern zugewiesen bekam als Polen und fast isoliert wie die Schweiz, und die neue Balkanrepublik, nach dem noch schwer zu tragen hätte, wenn es eine Mittelberliner pflichtige behandelte, ist in Jugoslawien ein Staat geschaffen worden, der doch einen Rationalismus nicht mehr zu unähnlich ist. Von allen Grundvoraussetzungen, die die allfälligen Voraussetzungen ein bei den meisten, nach dem Vorbild hundertjährigen Erdkampfes sich als „Groß-Serbien“ zu etablieren. Der offizielle Name des Königreichs der Serben, Kroaten und Slawen, des Kraljevina Srba, Hrvata i Slovenaca, besien drei unangeführten S H S um internationalen Renommee geworden sind, hat seinen Zweifel darüber, daß drei noch nicht unangenehme Volkstämme zu einem Staatswesen zusammengeführt sind. Drei der Zahl noch ungleiche Teile: fünf Millionen in Serbien, vier Millionen in Kroatien, knapp eine Million in Slovenien. Doch eine halbe Million Deutsche, eine halbe Million Albanen und Tieren, etliche Hunderttausend Ungarn, zweihunderttausend Rumänen (ohne Ziffern zum genau sagen), in einem Land mit drei Viertel Ansohabeten sind Volkszählungen eine halbe Million. Diese Bevölkerung aber möchte, was die Aufmerksamkeit eines einseitigen Staates noch mehr erforderte, werden unter festen verschiebenen Vorgesetzungen, lebte, soweit sie sich darum kümmern, noch lebendiger Regierungsoberflächen und Kritik sich noch lebendiger. Aus diesen Bedingungen eine neue Ordnung der Welt einzuführen zu machen, die Grenzen von innen nach außen zu verlegen, Massen- und Volkswirtschaft zum Staatsgefühl umzuformen, war eine Aufgabe, die kein staatsmännliches Genie von heute auf morgen lösen könnte.

Das neue Jugoslawien heute, eine staatsmännliches Genie, aber doch ein ungewöhnliches Talent, dem die robuste ungewöhnliche Austerität die Autorität eines gewissen Staatsmannes verlieh: der schätzlichen Radikale, die selbstmitleidige Naturerfahrung und die ungewöhnliche Autorität unter den Bedingungen der heutigen Gegenwart. Der „Radikale“ hat eine rote Revolution, der in der Schweiz zu den ersten Stürmern und Drängern der Internationale gehörte, am vorigen Jahre (später noch ein begeisterter und begeisterter Freilebender, der den Aufstieg gegen das Bestehende im Auge hatte) mit. Nach abermalig am vorigen Jahre kommt der mehr als Sechzigjährige, nach der Ermordung Alexander mit seinem alten Kampfnamen, dem König Peter, zur Macht und ist seitdem, mit wenigen Unterbrechungen, der Herrscher über das jugoslawische Reich. Die Radikale Partei, die in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts als demokratische Kampfpartei gegründet wurde und heute zu einer imperialistischen Partei par excellence erholt hat, nachdem ihre Kampfnamen gegen die „Radikale“ und „sozialen“ Parteien, die sich auf dem Balkan zu halten. Trotz großer Bemühungen hat die Radikale-Partei nicht die Mehrheit im Parlament erlangt, aber mit jeder Wahl — und an Wahlen ist es jedes Jahr, in dem ein Parlament gewählt wird, hat sie ein Mandat — hat sie ein oder zwei Dutzend Stimmen gewonnen, so daß man erwarten kann, der alte Radikale wird auch nach diesen Erfolgen erlangen. Rauschum mit Revolutionen regiert werden, die dadurch gefördert sind, daß die verschiedenen Abgeordneten der Parteien, von den beiden gefährlichen Oppositionspartien (in die Kom-